

FÜR DAS GELÄNDE „AUF MICHERROTH“

FLUR 3 BLATT 2

GEMARKUNG GÜCHENBACH



in der Gemeinde Riegelsberg.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 24. Juni 1960 (BGBl. 1 S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates der Gemeindeartsch vom 22. März 1968 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch die Amtsverwaltung - Amtsbaumeister - Riegelsberg.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

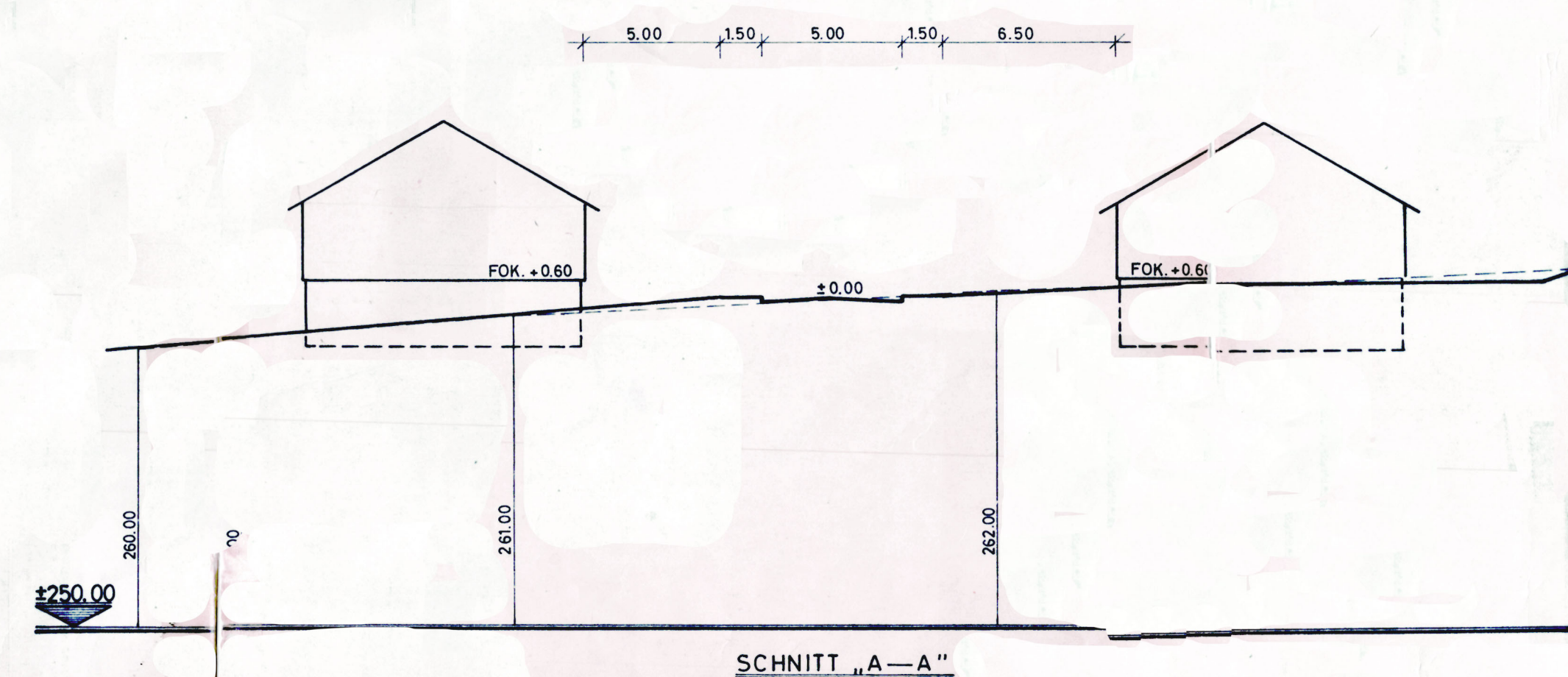
Gebietssbereich		Aktuelle Plan	15. Verkehrsflächen	siehe Plan
Art der baulichen Nutzung			16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	siehe Plan
2.1.1. zugebiet		reines Wohngebiet		
2.1.2. zulässige Anlagen		Wohngebäude		
2.1.2.1. ausnahmsweise zulässige Anlagen		Läden zur Deckung des tägl. Bedarfs	17. Versorgungsflächen	siehe Plan
3. Maß der baulichen Nutzung			18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und Leitungen	siehe Plan
3.1. Zahl der Vollgeschosse		I (siehe Plan)		
3.2. Grundflächenzahl		0,4		
3.3. Geschosflächenzahl		0,5		
3.4. Baumassenzahl		entfällt	19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt
3.5. Grundflächen der baulichen Anlagen		siehe Plan	20. Grünflächen	siehe Plan
4. Bauweise		offene	21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen		siehe Plan	22. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	entfällt
6. Stellung der baulichen Anlagen		siehe Plan	23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen zu Lasten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	entfällt
7. Mindestgröße der Baugrundstücke		450 m ²	24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	entfällt
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Erdgesch., FBOK bezogen auf NN)		siehe Plan	25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereiches aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	entfällt
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie für Einfahrten auf den Baugrundstücken		innerhalb der bebauten Grundstücksfläche	26. Die bei einzelnen Anlagen, die die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie für Einfahrten auf den Baugrundstücken		entfällt	27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf		entfällt	28. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	entfällt
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen		ges. Geltungsbereich		
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die für wirtschaftlichen Zweck dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist		entfällt		
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihrer Nutzung		entfällt		

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

"Örtliche Bauvorschriften"

MASS-STAB DER SCHNITTE 1:200



Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern aufgrund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

1. entfall
2. entfall

<u>Planzeichen - Erläuterungen</u>	
Geltungsbereich	Baulinie
Bestehende Gebäude	Baugrenze
Geplante Gebäude	Überbaubare Grundstücksfläche
Bestehende Strassen	Entwässerungsrichtung
Geplante Strassen	Belastete Flächen gem. Ziff. 23
Bestehende Grundstücksgrenzen	Geschoßzahl
Geplante Grundstücksgrenzen	Dauerkleingärten
Umformestation	Von der Bebauung freizuhaltende Grundst.

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen
vom 27.10.1969 bis 27.11.1969

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 15.12.1969 beschlossen.

Riegelsberg, den. 26. 1. 70.....
Der Bürgermeister:

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt

~~Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau~~

im Auftrage:

Oberste Landesbaubehörde - im Auftrage: *Bernhard*

A-6-3200/90

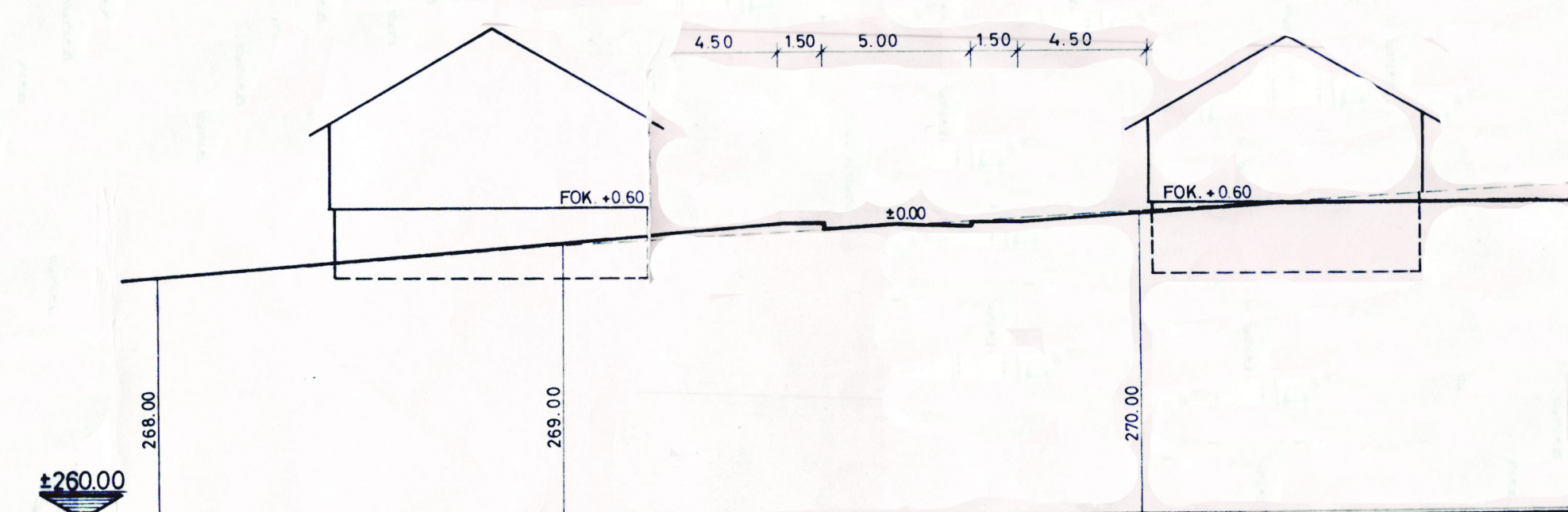
Regierungsbeirat

Die öffentliche Auslegung gemäß §
23. April 1970 ortsförlieh

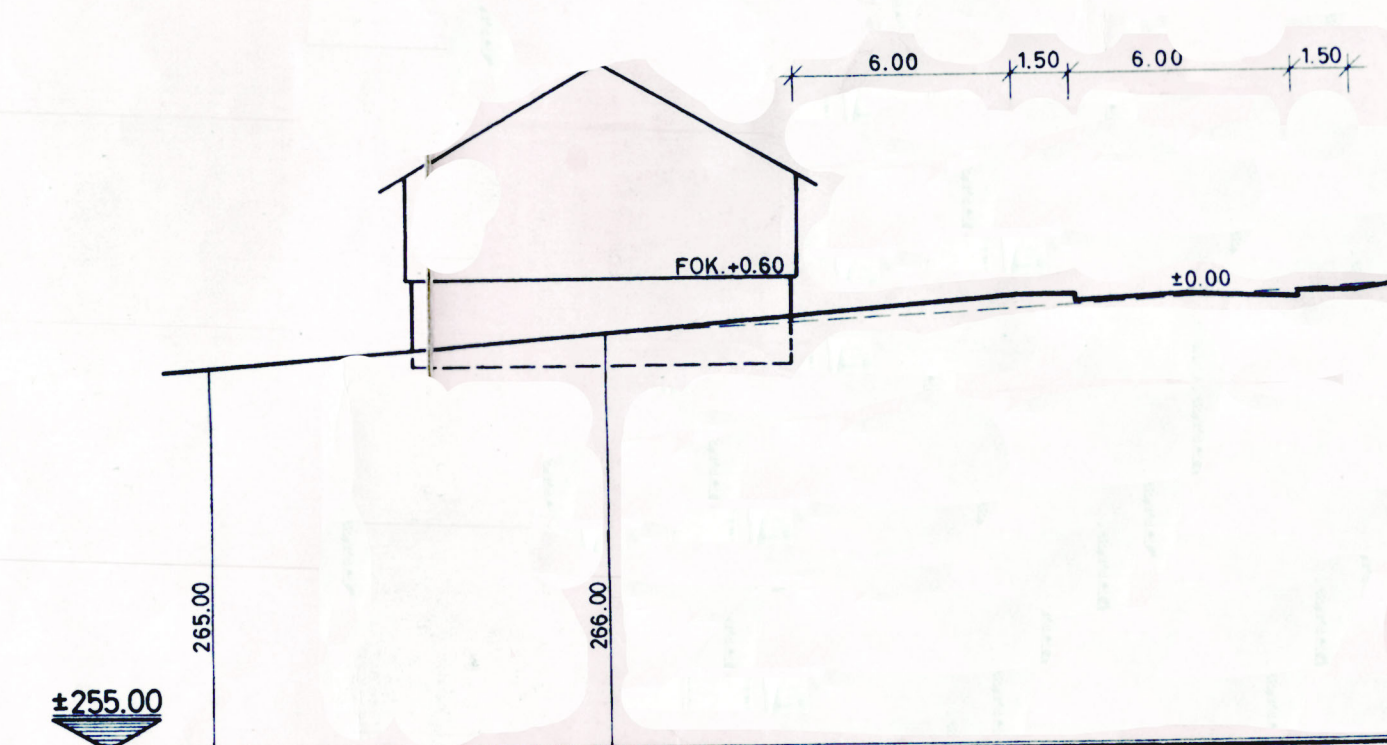
..... 1998. 1.1.1. Ortsüblich

Riebel's bero... den

Der Bürgermeister



SCHNITT „C—C“



SCHNITT „B—B“